

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (incl. Post) 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. ohne Aufstellungsgeld / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13333, Emil Schlegel-Schiffelung: Dresden-L. Osterbahnpostf. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Monatszeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Restzeile anschließend an den dreigespaltenen Restteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-L., Osterbahnpostf. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Freitag, den 7. Januar 1927

Nummer 5

Weg mit dem Reichstag!

Berlin, 7. Jan. (Fig. Drahtbericht.)
Die rote Fahne nimmt in einem Leitartikel zur Regierungsbildung Stellung und schreibt u. a. folgendes:

Man darf annehmen, daß im Rennen, das in den letzten Tagen zwischen SPD und Deutschnationalen stattgefunden hat, die Deutschnationalen den Sieg davongetragen haben. Sie haben bereits die Zustimmung, daß eine Regierung der Mitte mit deutschnationalem Charakter gebildet werden wird. Nur ein Streitpunkt ist übriggeblieben, wer den Reichskanzler stellen soll, das Zentrum oder die Deutsche Volkspartei. Das Rennen hat die Deutsche Volkspartei entschieden und zwar schlägt sie Herrn Curtius als Reichskanzler vor. Das Zentrum hat sich der Entscheidung der Deutschen Volkspartei angeschlossen, nur ist sie gegen die volksparteiliche Spitze innerhalb der Koalition mit den Deutschnationalen. Der Vorwärts, das Blatt der größten „Oppositionspartei“ appelliert an die West:

„Ist nicht der West erst vor einigen Wochen verurteilt worden, daß die Regierung Marx einstimmig beschlossen hat, mit den Sozialdemokraten über die Bildung der Regierung einer Großen Koalition zu handeln? Was soll man nun Politikern halten, die ihr Ziel in so kurzer Zeit ändern?“

Während auf einer Seite der Bürgerblock immer drohendere Gestalt annimmt, steht auf der anderen die deutsche Arbeiterschaft, die es zu mobilisieren gilt, um die Wünsche der Bourgeoisie und ihrer lauten oder stillen Zuhörer zu durchkreuzen, und

die Auflösung des Reichstags zu erzwingen, damit die Arbeiterschaft den Kampf um ihre dringenden Forderungen durchführen kann.“

Rätfeindrot über die Regierungsbildung

Die bürgerlichen Parteien sind sich immer noch nicht einig, welche Regierung die zweckmäßigste ist, die ihre Pläne und Interessen fördern, unterstützen und durchführen kann. In den Fraktionsräumen tauchen die verschiedensten Kombinationen auf: Regierung der Mitte, kleine Rechte, Bürgerblock werden genannt, nur über eines schweigt man in der bürgerlichen Presse und bei den Regierungsschachern: über die Große Koalition.

Kürzlich war der Abgeordnete und Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius von Hindenburg mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Ein deutschnational-volksparteiliches Blatt, die in Bremen erscheinende Weserzeitung, wußte von ihrem Berliner Korrespondenten auch schon eine Teilnehmerliste zu nennen. Wir berichteten darüber in unserer gestrigen Ausgabe. Mit dieser Kombination hoffte man die Sozialdemokraten zu gewinnen, die wegen der Beteiligung zweier „Republikaner“ wie Wirth und Koch dieses Kabinett unterstützen sollten. Das hat sich nach den letzten Meldungen bereits wieder zerlegt. Einmal sind starke Teile der Volkspartei gegen eine solche Lösung und bestehen darauf, daß die Deutschnationalen unbedingt in die Regierung kommen. Zum anderen ist das Zentrum mit dieser Regelung nicht einverstanden, weil es den Kanzlerposten haben will und zwei Volksparteiler (Reichskanzler und Reichsaußenminister)

nicht anzunehmen gewillt ist. Die Germania spricht sich auch gegen eine sogenannte gesamtbürgerliche Regierung aus. Sie schreibt in ihrer Ausgabe vom 6. d. Mts.:

„Eine Regierung unter Beteiligung der Deutschnationalen mit volksparteilicher Spitze wäre eine ausgesprochene Rechtsregierung, die auf die Unterstützung des Zentrums nicht zählen kann. Mit dieser Gewißheit können volksparteiliche Kreise selbst zu rechnen, denn sie finden an, daß Herr Dr. Curtius, wenn die Bildung eines Mehrheitskabinetts der bürgerlichen Parteien nicht gelingen sollte, zufrieden sein müsse, eine Regierung aufzustellen, die von den Deutschnationalen unterstützt werde. Als deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl wird die Mitteilung angehängt, daß Herr Dr. Curtius die Vollmacht zur Reichstagsauflösung mitgegeben werden müsse.“

Das klingt sehr schön, und naive Leute könnten glauben, daß das Zentrum nie und nimmer mit den Deutschnationalen in eine Regierung gehen wolle. Wir erinnern aber daran, daß das Zentrum sehr wohl in der Luther-Regierung zusammen mit den Deutschnationalen arbeitete, und selbst die Germania schreibt, daß das Zentrum gegen eine Koalition mit den Deutschnationalen „wohl begründete Bedenken“ hat. Immerhin ist für den 11. Januar der Vorstand der Zentrumsfraktion zusammenberufen, um die Lage zu besprechen. Da am Tage vorher der Parliamentsklub der SPD zur Regierungsfrage Stellung nehmen wird, schreibt die Germania: Es ist möglich, daß dort Beschlüsse gefaßt werden, die den Weg zu einer Entwirrung der Krise freimachen.“ Wenn also der sozialdemokratische Parliamentsklub, gezwungen durch den Druck der Arbeiter, wie im vorigen Frühjahr, die Koalition ablehnen muß, wird das Zentrum sich einer der anderen Lösung: Bürgerblock oder kleine Rechte, ganz bestimmt nicht versagen. Außerdem hat es dann einen „Grund“ gefunden, bei dieser Regierung mitzumachen.

Die Tägliche Rundschau, das Organ der Volksparteiler, behauptet ihrerseits wieder, daß die von der Weserzeitung angekündigte und von anderen Zeitungen aufgenommenen Ministerliste nicht von den Volksparteilern ausgeht, sondern die Kombination irgendeines Demokraten sei. Nicht einmal Curtius habe mit dieser Liste etwas zu tun. Und zu den Deutschnationalen gewendet führt die Tägliche Rundschau fort:

„Die deutschnationale Presse könnte wissen, daß Dr. Curtius nicht mit der Absicht aus West gehen wird, ein nach links orientiertes Kabinett der Mitte zu bilden.“

Den Sozialdemokraten aber jagt die Tägliche Rundschau, daß an der Person Gehler nicht gerüttelt werden dürfte. „Dr. Gehler wird den Sozialdemokraten nicht preisgegeben werden.“

Das ist die letzte Datsche für die sozialdemokratischen Führer, die sich verzweifelt bemühen, durch irgendeine Lücke doch noch irgendwie in die Regierung zu kommen. Die Volksparteiler wollen sie jedenfalls nicht haben. Meint doch die Tägliche Rundschau bei der Besprechung der Möglichkeit eines Kabinetts der Mitte und seiner Unterstützung auch noch:

„Stärken die Deutschnationalen ihm wohlwollende Neutralität zu, so wäre ein solches Kabinett durchaus lebensfähig. Es könnte sogar der Ausgangspunkt einer neuen innerpolitischen Entwicklung werden.“

Das kann nur heißen, daß der Kurs gegen die Arbeiterschaft ungeheuer verschärft werden soll.

Run wohl, sollen die Herrschaften das wagen. Die Arbeiterschaft, sowohl kommunistische wie sozialdemokratische Arbeiter, wird ihnen antworten.

Auslandswochenchau

Die Krise in Mittelamerika. — Die Kämpfe in Sanktau. — Die indische Nationalbewegung. — Die litauische Kriegsgefahr.

A. R. Der Bürgerkrieg in Nicaragua wächst sich offenbar zu einem sehr ernsten Konflikt zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten aus. Die Kämpfe fallen jetzt mit der Anwendung des neuen mexikanischen Gesetzes gegen das fremde Petroleumkapital zusammen. Präsident Calles von Mexiko will nicht länger dulden, daß die amerikanischen Petroleumtrusts eine Nebenregierung in Mexiko bilden. Die kleinbürgerliche Revolutionsregierung Mexikos ist auf diese Weise in den Kampf mit der stärksten Kapitalistenmacht der Welt geraten. Wenn das Petroleumkapital besteht, ist Präsident Coolidge sofort zur Stelle. Nach dem mexikanischen Gesetz kann die Regierung das Vermögen einer jeden Firma beschlagnahmen, die nicht bis 1. Januar die durch die neuen Landes- und Petroleumgesetze vorgeschriebene Anmeldung vollzogen hat. Die amerikanischen Petroleumgesellschaften in Mexiko haben sich um die gesetzliche Vorschrift nicht gekümmert. Präsident Calles droht mit der Konfiskation amerikanischen Besitzes. Daraufhin bereitet die amerikanische Regierung eine Flottendemonstration an der Küste von Mexiko vor. In dem Nachbarstaat Nicaragua sind bereits amerikanische Marineverbände gelandet worden. Amerika will energisch in Nicaragua die Partei des Präsidenten Diaz unterstützen, der die Interessen des amerikanischen Großkapitals fördert. Mit allen Mitteln soll die internationale Oppositionspartei niedergeworfen werden, die mit Mexiko sympathisiert. Wenn die Vereinigten Staaten ihre ganze Kraft einsetzen, ist die Situation für Calles und Diaz hoffnungslos, aber in der Bevölkerung der Vereinigten Staaten macht sich eine starke Gegenaktion gegen die schmutzige Petroleumpolitik der Regierung geltend. Der einflussreiche Senator Borah, der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses des Senats hat sich zum Wortführer der Opposition gemacht. Präsident Calles, der sich auf die Arbeiter und Bauern Mexikos stützt, hat bisher schon in mehreren sehr ernsten Krisen sich durchgesetzt. Es sei nur an den Kampf gegen die katholische Kirche erinnert. Sollte es ihm auch jetzt gelingen, sich zu behaupten, so wäre dies eine sehr wichtige Niederlage des amerikanischen Petroleumkapitals. Die junge kommunistische Partei Mexikos unterstützt den Kampf des Präsidenten Calles gegen das internationale Großkapital. Sie tritt sich dabei aber die Schwantungen und Halbheiten der kleinbürgerlichen Regierung. Die gegenwärtig ungeheure Situation gibt unserer mexikanischen Bruderpartei die Möglichkeit, ihren Einfluß unter den werktätigen Massen außerordentlich zu stärken.

Die Nachrichten, die in den letzten Tagen aus China kamen, sind vermorren und widersprüchlich. Die Meldungen stammen fast sämtlich aus englischer Quelle und verdienen schon darum ein Höchstmaß an Mißtrauen. Die Situation scheint folgende zu sein: Seit dem siegreichen Vormarsch der Kantontruppen ist die Millionenstadt Sanktau am Jangtseflus in der Hand der Revolutionsarmee. Dessenungeachtet sind die zahlreichen fremden Kaufleute und Fabrikanten, vor allem die Engländer, in Sanktau geblieben. Sie verlassen sich auf die englischen Kanonenboote und Kreuzer, die auf dem Jangtse patrouillieren. Die englischen Fabrikanten benehmen sich zu den chinesischen Arbeitern genau so provozierend wie früher. Die Kantonregierung hat gar kein Interesse an Gewalttätigkeiten gegen einzelne Engländer, aber selbstverständlich ist das Selbstbewußtsein des chinesischen Proletariats seit dem Einmarsch der Revolutionsarmeen außerordentlich gestiegen. Die chinesischen Arbeiter lassen sich nicht mehr wie Hunde behandeln. So entstehen alltäglich neue Konflikte. Die Engländer landeten in Sanktau Marineverbände, die Kantonregierung erklärte darauf, wenn die Engländer auch nur einen Schuß abfeuern würden, so würden die Kantontruppen sofort gegen sie vorgehen. Darauf mußten die Engländer ihre Landungstruppen zurückziehen. Das ist eine neue schwere Niederlage für den englischen Imperialismus in China. Die englischen Fabrikanten und Großhändler in Ostasien sind darüber empört und sie bieten alles auf, um durch Alarmmeldungen die englische Regierung doch noch zum Kriege gegen Kanton zu bringen. Wie sich Baldwin und Chamberlain entscheiden werden, ist noch nicht klar. Die berühmte englische Note über die Chinapolitik, die Ende Dezember in Peking veröffentlicht wurde, zeigte zwar gerade einen Willen zum Einlenken. Dennoch ist es nicht ausgeschlossen, daß die englischen Imperialisten wiederum ihren Kurs ändern, vor allem um die Eroberung von Schanghai durch die Revolutionsarmee zu verhindern.

Der Zustand in Holländisch-Indien wird seit Wochen von den holländischen Behörden totgebetet. Aber auf die Beruhigungstelegramme folgt gewöhnlich die Nachricht von neuen schweren Kämpfen. Ebenfalls zeigt sich allmählich eine Auswirkung der chinesischen Ereignisse auch auf Britisch-Indien. Kürzlich tagte der große indische Nationalkongress in Gauhati. Der Kongress bedeutet ohne Zweifel ein

Wieder ein Anlandelegierter ausgeschlossen

Wie die Hamburger Volkszeitung mitteilt, ist der sozialdemokratische Anlandelegierte Peters, der Vorsitzende des Betriebsrates der Deutschen Werke in Kiel, vom Parteivorstand aus der SPD ausgeschlossen worden. Ames hatte sich geweigert, die Berichterstattung über die Verhältnisse in der Sowjetunion, so wie er sie mit eigenen Augen gesehen hatte, einzustellen.

Die SPD kann in ihren Reihen niemanden dulden, der die Wahrheit über den ersten proletarischen Staat der Welt und über die Verhältnisse des russischen Proletariats gegen seine Unterdrücker für die internationale Arbeiterschaft verhandelt.

„Vorwärts“-Träume vom „Klassenkampf“ in Rußland

Die Sowjetgranaten, auf die die sozialdemokratischen Hecker so große Hoffnungen gesetzt hatten, sind zerplatzt. Der litauische Staatsstreik und der englische und polnische Einfluß, die Mißbilligung der Sozialdemokraten an der Genferjustiz gegen das litauische Proletariat, all das hat die wahren Zusammenhänge und Hintergründe des Sowjetgranatenwindels früher enthüllt, als den Herren in der Lindenstraße lieb war. Also müssen die SPD-Führer ihre historische Aufgabe der systematischen Gasangriffe gegen die Sowjetunion und ihre proletarische Regierung mit anderen Mitteln fortsetzen. Die neueste Entdeckung auf diesem Gebiet macht der „Vorwärts“ in seiner Morgenausgabe vom Donnerstag, 6. Januar in der roten Armee, „auch die Diktatur nicht nach!“ Unter diesen schönen Schlägelchen wird folgendes enthüllt: Die Sowjetregierung hat 18.000 Offiziere der Roten Armee entlassen. Sie hat sich freilich verpflichtet, diese Offiziere in der Zivilverwaltung unterzubringen, aber es herrscht eine tiefe Unzufriedenheit wegen des Abbaus in dem Offizierskorps,

die sich zugleich gegen die angeblich zu geringen Gehälter richtet. Diese Bewegung hat die Diktatur in Rußland bereits so stark erschüttert, daß die Sowjetregierung gezwungen ist, schleunigst den Rückzug anzutreten und eine Erhöhung der Offiziersgehälter angeordnet hat. Da eine allgemeine Erhöhung nicht möglich war, sind in erster Reihe die Gehälter der Frontoffiziere erhöht worden. Der Vorwärts aber jubelt:

„Der Erfolg, den das Offizierskorps durch einen kollektiven Druck erzielt hat, wird auch politische Folgen nach sich ziehen. ... Gleichzeitig werden auch andere Schichten der russischen Bevölkerung eine Lehre aus dem Erfolge des Roten Offizierskorps für sich ziehen: auch die „allmächtige“ Diktatur gibt nach, wenn man nur einen einmütigen Druck ausüben mag.“

Was sind die Tatsachen? Die rote Armee hat eine Anzahl Offiziere entlassen, von denen der größte Teil noch aus dem alten zaristischen Offizierskorps stammt. Diese Maßnahmen sind wirklich, weil inzwischen in den Roten Offiziersschulen genügender proletarischer Nachwuchs an Roten Offizieren herangewachsen ist, um auf die Mitarbeit der militärischen Spezialisten der alten zaristischen Armee verzichten zu können, notwendig. Das ist das eine. Unabhängig davon, fand eine Erhöhung der Gehälter der Frontoffiziere statt. Was macht der Vorwärts aus diesen beiden Tatsachen, die jedem Leser der Prawda seit Monaten bekannt sind? Eine „Gärung in der roten Armee“, eine „Erschütterung der Diktatur“ und einen schleunigen „Rückzug der bolschewistischen Oligarchie!“ Aber das ist noch nicht genug. Die in der Phantastie des Vorwärts entstandene Kampfbewegung des Offizierskorps für die Erhöhung der Gehälter soll nun auch zugleich noch der Ausgangspunkt für die so sehrnützlich gewünschte „zweite Revolution“ der bekanntlich grausam unterdrückten Arbeiter und Bauern Rußlands gegen die Sowjetregierung werden! Ein bißchen viel zu verdauen, selbst für den Magen eines gutgläubigen Vorwärts-Lesers!